

Flugverbot bei Maturreisen

Grosser Rat überweist Petition Künftig dürfen Basler Abschlussklassen nicht mehr mit dem Flugzeug auf die Maturreise fliegen. Das hat der Grosse Rat am Mittwoch beschlossen.

BaZ, 12.11.2020

Simon Erlanger

Zuletzt wurde es knapp. Nach fast halbstündiger, intensiver Debatte überwies der Grosse Rat am Mittwoch mit 45 Ja gegen 44 Nein eine Petition von Schülerinnen und Schülern der Sekundarschule Theobald Baerwart für ein Flugverbot von Maturreisen an die Regierung.

In ihrer Petition im Gefolge der Klimademonstrationen hatten die Schüler im letzten Jahr darauf hingewiesen, dass die Gymnasien Leonhard und Kirschgarten bereits auf Abschlussreisen mit dem Flugzeug verzichteten. Dies sei aber nicht genug, da über 60 Prozent der Basler Maturklassen nach wie vor mit dem Flugzeug verreisten. Dadurch entstünden pro Jahr mehr als 200 Kilogramm CO₂.

«Wenn diese Reisen mit dem Bus bestritten würden, würde der CO₂-Ausstoss halbiert, und mit dem Zug wäre der Verbrauch um das 150-Fache minimiert», so der Wortlaut der Petition. Diese stiess auf grossen Anklang.

Die Mehrheit der Mitglieder der Petitionskommission des Grossen Rates unterstützte sie, sagte Kommissionspräsidentin Tonja Zürcher (Basta). Eine Minderheit der Kommission spreche sich gegen ein Flugverbot aus und befürworte einen partizipativen, aber ergebnisoffenen Prozess in den Gymnasien. Die Schüler sollten also selber entscheiden.

Regierung ist gegen Verbot

Das ist auch die Meinung der Regierung. Generell habe sich das System der Subsidiarität und der Teilautonomie bewährt, so die Regierung. Die Beteiligung der Schüler an Entscheidungen sei auch ein geeignetes Mittel, um sie in Demokratie zu schulen. Daher möchte das Erziehungsdepartement den Schulleitungen



Künftig sind keine Basler Abschlussklassen mehr an Bord: Eine Maschine der Fluggesellschaft Easyjet startet vom Euro-Airport. Foto: Keystone

weiterhin die Freiheit lassen, mit ihren Schülern selber über Flugreisen zu entscheiden.

Im Grossen Rat wurde verschiedentlich darauf hingewiesen, dass die angeblich freien Entscheidungen sowieso gegen Flugreisen ausfallen würden, dies aufgrund der Sensibilisierung der Schüler für die Klimaproblematik und wegen des Verbots für Lehrer, das Flugzeug zu benutzen. Der Grosse Rat hatte Ende 2019, einer SP-Motion folgend, Staatsangestellten im Dienst Flugreisen über eine Strecke von unter 1000 Kilometern untersagt. Damit seien begleitete Schulreisen mit dem

Flugzeug jetzt schon nicht mehr möglich, wenn der Lehrer oder die Lehrerin nicht mit dem Zug nachreisen wolle. Deshalb bezeichnete Erziehungsdirektor Conradin Cramer (LDP) die Petition als inhaltlich überholt. Darauf wurde erwidert, dass sich das Verbot leicht umgehen lasse. Die Klassen könnten ja die Abschlussreise einfach ohne Lehrer antreten.

Die Debatte im Grossen Rat drehte sich also um das Prinzip der Selbstbestimmung und die Fähigkeit von Schülern, diese ausüben. So betonte Beat Braun von der FDP, dass die Maturanden verantwortungsbewusst dis-

kutieren und entscheiden sollten, während Sasha Mazzotti (SP) sich für ein Verbot aussprach. Man lasse Schülerinnen und Schüler ja auch nicht über den Konsum von Bier an der Schule entscheiden. Dieser sei aus Gründen des übergeordneten Gesundheitsschutzes verboten. Beim Flugverbot gehe es um das Wohlergehen des Planeten.

Grossrat Hoppler begeistert

Generell betonten die Votanten der bürgerlichen Parteien die Selbstbestimmung, während die rot-grüne Seite das Gebot des Klimaschutzes höher gewichtete. «Ich finde das schade», kom-

mentierte David Mumenthaler von den Jungfreisinnigen die knappe Abstimmung: «Wir wollen aber jetzt mal schauen, was der Regierungsrat sagt. Die Petition wurde ja an die Regierung zur Bearbeitung überwiesen, und die ist eher kritisch eingestellt.»

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums war der frisch gewählte Grossrat Laurin Hoppler (Junges Grünes Bündnis) begeistert: «Ich glaube, damit setzt der Grosse Rat ein Zeichen, dass ihm der Klimaschutz ein grosses Anliegen ist. Es ist ein Zeichen in Richtung der Jugendlichen. Es ist ja nicht üblich, dass sie angehört werden.»